

Es knirscht im Gebälk des weltweiten Politikartells

Wie soll man es nennen? Lethargie, offene Ablehnung oder sogar Ekel? Politiker und Parteien verlieren immer mehr an Ansehen. Nicht nur in Deutschland. Sogar US-Präsident Obama hat seine Ausstrahlung eingebüßt, seine charismatischen Reden passen nicht zu seinem Tun.

Von Marie Ringel

Der Prozess der Entfremdung von Volk und Politik geht schon über Jahre. Das ist eigentlich für eine Demokratie, die ja eine Herrschaft des Volkes sein will, im Prinzip undenkbar. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Die Demokratien dieser Zeit sind Partei – Demokratien! Jener Typ von Mensch, der sich in den Parteihierarchien bis nach oben gerangelt hat, mag persönliches Durchsetzungsvermögen, oder das Gegenteil davon, nämlich Anpassungsvermögen, bewiesen haben. Doch gerade dies sind die Markenzeichen einer Politgeneration, die immer unbeliebter wird. Damit können zwar Intrigen gesponnen und von gutbezahlten Redenschreibern aufgesetzte Reden fabuliert werden. Die Probleme unserer Zeit werden damit aber nicht gelöst. Dazu brauchen diese Politiker dann die Experten. Was können die Politiker eigentlich selber? Wofür werden sie eigentlich gewählt und so gut bezahlt? Dabei bräuchten wir Führungskräfte, die in der Lage sind, die wirtschaftlichen, technischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit zu erkennen, die das allgemeine und das fachliche Wissen besitzen, um sie anzugehen und zu lösen. Und sie müssten – das ist die generelle Voraussetzung – ethischen und moralischen Mindeststandards genügen und Vorbilder für die Menschen sein. Solche Persönlichkeiten können nicht aus den Kadern der Parteien kommen!

Seit Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise werden uns die Hilflosigkeit und die Defizite der Politiker – Kaste nahezu täglich vor Augen gehalten. Jetzt, da die Politik wirklich einmal gefordert wäre, mit Problemen fertig zu werden – für deren Entstehen sie mitverantwortlich ist – zeigt sich ihr wahres Leistungsvermögen. Die heutige Notsituation bietet uns ein Bild hilfloser Zerstrittenheit, sie haben keine Pläne, sie finden keinen Ausweg. Die Regierungsparteien in Deutschland sind in sich zerstritten. Ihr oberstes Ziel war es, an die Macht zu kommen und an der Macht zu bleiben. Sie bewegt nur eine Frage, nämlich wie sie dieses Ziel erreichen können. Damit unterscheiden sie sich in keiner Weise von den Parteien in den anderen Ländern der Westlichen Wertegemeinschaft. Sie legen auch immer wieder Wert auf diese Gemeinschaft!

Jetzt hat diese Kaste ihren Völkern auch den gemeinschaftlichen Schaden bereitet. Die Weltfinanz- und Staatsschuldenkrise geht auf ihr Konto. Sie haben das Finanzkapital weltweit unkontrolliert gewähren lassen, sie haben es nicht reguliert, wie man das heute nennt. Im Gegenteil, sie haben es gewähren lassen und damit für ihre politischen Zwecke eingesetzt.

Die Regierung der USA wollte dem Wahlvolk Gutes tun, in dem sie billiges Geld für den Kauf von Eigenheimen organisierte. Fannie und Freddie hießen die Finanzinstitute, mit denen in USA alles anging. Dazu wurde das Geld aus allen Erdteilen angelockt, um am neuen Markt innovativer Geldschöpfungen mitzumachen. Gleichzeitig konnte man das notorische und immer größer werdende US-Handelsbilanzdefizit damit ausgleichen. Auf der anderen Seite ließen die Regierungen der Exportüberschussländer ihren Unternehmen freien Lauf, weil sie damit die Arbeitslosigkeit im eigenen Land verringern konnten und den Exportbranchen hohe Gewinne ermöglichten – die diese prompt wieder in den USA anlegten! Dem Volk redete man ein, dass dies für alle vorteilhaft sei (Exportweltmeis-

ter!), weil sie ja nicht um ihre Arbeitsplätze zu bangen hätten. In Europa gründete man die EU und die EWU (Europäische Währungsgemeinschaft), weil angeblich alle Volkswirtschaften dadurch leistungsfähiger, wettbewerbsfähiger und reicher würden. Heute weiß man – die Zahlen belegen es – dass sich die Produktivitäten der Euro-Länder dadurch noch weiter auseinander entwickelten. Das war so ganz und gar nicht im Sinne der französischen Politik, die glaubte, mit dem Euro einen großen Coup gegen den Erzrivalen Deutschland gelandet zu haben.

Dann kam der Sommer 2007 und der Traum der Akteure war mit einem Male geplatzt. Seitdem ging es Jahr für Jahr bergab mit dem Einkommen und dem Wohlstand. Die Finanzkrise wurde von der Wirtschaftskrise abgelöst, diese von der Staatsschuldenkrise und jetzt droht erst recht die Rezession und Arbeitslosigkeit, sogar gepaart mit Inflation, damit die Schuldenmacher – das internationale Finanzkapital – und die mit ihm kooperierenden Staaten sich ihrer Schulden entledigen können. Diese Geschichte ist nicht neu. Sie wiederholt sich in anderen Facetten. Genau so verlief die erste Große Weltwirtschaftskrise in den 1930iger Jahren.

Jetzt sind sie alle ratlos und restlos zerstritten, die Politiker aus den Parteien und die Regierungen der Westlichen Wertewelt. Sie können sich nicht darüber einigen, womit sie die Krise in den Griff bekommen. Die einen wollen sparen (Deutsche Regierung), die anderen wollen die Staatsausgaben noch weiter erhöhen (USA, England, Frankreich). Über die notwendigen Regulierungen – sollte die Krise wirklich einmal beendet sein – können sie sich schon gleich gar nicht einigen, wollen doch die Staaten, in denen die großen Abzocke-Gewinne angefallen sind (USA, England), künftig auf diese so leicht verdienten Gewinne (Einkommen) auf keinen Fall verzichten, wenn man schon im Wettbewerb der realen Güterproduktion ins Hintertreffen geraten ist. Mit diesen Gewinnen kann man die Brosamen für die eigene Soziale Unterschicht (billiges Eigenheim im Grünen) finanzieren, womit man die soziale Friedhofsruhe im eigenen Land aufrecht erhalten kann. Und haben Sie es gemerkt? Womit die Geschichte wieder von vorne anfangen kann.

So wie sich die Großen in der Welt um die Gestaltung der Zukunft zanken, so streiten sich die Parteigruppierungen in Deutschland im Kleinen:

Da verlangt Wolfgang Schäuble, der ehemalige Innenminister und jetzige Finanzminister, einen Europäischen Währungsfonds zur Lösung der Staatsschuldenkrise der EU-Länder, die Kanzlerin lässt ihn reden und spricht sich dann dafür aus, dass der IWF für die Kreditgewährung herangezogen werden soll. Da verweigert der Wirtschaftsminister eine Bürgschaft für Opel und die Kanzlerin sagt, das letzte Wort sei damit noch nicht gefallen, sie werde sich der Angelegenheit selbst annehmen. Da erhält das Hotel- und Gastgewerbe die in der Bundestagswahl versprochenen Steuervergünstigungen und kurz danach muss die Regierung Sparmaßnahmen über 80 Mrd. Euro in die Wege leiten, die überwiegend die unteren Einkommensschichten belastet, weil angeblich die Staatsschulden zurückgefahren werden müssen. In Wirklichkeit müssen damit die Löcher gestopft werden, die durch die Bürgschaften zur Euro-Rettung gerissen werden. Transferunion nennen das die Medien. Tatsache aber ist, dass sich die führenden Politiker aller Parteien dem Euro verschworen haben, dass sie ihn gegen den Willen des Volkes – das man deshalb gar nicht gefragt hat – eingeführt haben. Jetzt wird das Volk das Steckenpferd seiner Politiker in einer weiteren Tranche teuer bezahlen müssen. Wer hilft eigentlich dem Volk? Warum sagt und schreibt niemand, dass das Volk Recht hatte, als es den Euro nicht wollte. Warum muss das Volk weiter die Marotten seiner Politiker bezahlen. Von jetzt ab noch mehr als bisher?

In anderen Ländern – wie jetzt in den Niederlanden oder Belgien – wenden sich die Wähler von den klassischen „Regierungsparteien“, ab und wählen Protestparteien oder sogenannte populistische rechte Bewegungen. Das ist in Deutschland nicht möglich, weil jede ernstzunehmende Oppositionsbewegung von rechts von den Staatsschutzorganen, die sich Verfassungsschützer nennen, unterwandert und über kurz oder lang eliminiert worden ist. Von den Medien kriminalisiert, von den unter Parteien - Kuratel stehenden staatlichen Behörden existentiell bedroht (Berufsverbot), wagt es der Deutsche heute nicht einmal mehr, seine Meinung öffentlich zu sagen, geschweige denn, sich selbst in eine solche Bewegungen einzubringen. Und was die staatliche Unterdrückung nicht schafft, das überlässt man den wohlorganisierten Schlägertrupps der linken Szene, die den undifferenzierten Kampf gegen „Rechts“ erfunden hat, der von den staatlichen Einrichtungen nicht nur toleriert, sondern sogar aktiv (an den Schulen z.B.) unterstützt wird.

Wir gratulieren den „weitsichtigen“ Weichenstellern aus den ehemals großen Volksparteien. Sie haben sich selbst, jede Partei auf eine andere Weise, um die Zukunft gebracht. Und sie haben dem Deutschen Volk schweren Schaden zugefügt. Die Zeit rückt näher, wo sie Rechnung ablegen müssen für ihr Tun.

Und das kann schneller geschehen als diesen Herrschaften auf dem „hohen politischen Ross“ lieb ist.